

Versicherungsnummer																				
---------------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Kennzeichen	5	0	1	1
-------------	---	---	---	---

Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung im Wege einer Erstreckung (§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 i. V. m. § 6 Abs. 5 Satz 2 des Sechsten Buches des Sozialgesetzbuches - SGB VI -)

Anschrift des Versorgungswerks

--

Eingangsstempel (Rentenversicherungsträger)

Mitgliedsnummer des Versorgungswerks

Eingangsstempel des Versorgungswerks

Weitergabe an →

Deutsche Rentenversicherung Bund 10704 Berlin
--

1 Angaben zur Person	
Name	Vorname (Rufname)
Geburtsname	frühere Namen
Geburtsdatum	Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Geburtsort (Kreis, Land)	Staatsangehörigkeit (ggf. frühere Staatsangehörigkeit bis)
Straße, Hausnummer	telefonisch tagsüber zu erreichen (Angabe freiwillig)
Postleitzahl	Wohnort Telefax, E-Mail (Angabe freiwillig)

2 Angaben zur ausgeübten Erwerbstätigkeit	
2.1 Ich bin	
<input type="checkbox"/> angestellt, berufsfremd beschäftigt als _____ Arbeitgeber (Name, Anschrift)	Beginn der Beschäftigung
<input type="checkbox"/> selbständig berufsfremd tätig als _____ Auftraggeber (Name, Anschrift)	Beginn der Tätigkeit
Bitte Bescheid über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung beifügen.	Beginn der Versicherungspflicht
2.2 Ich bin	Ende der Beschäftigung / Tätigkeit
<input type="checkbox"/> vertraglich im Voraus zeitlich begrenzt beschäftigt / tätig. Der entsprechende Vertrag ist beigefügt.	Ende der Beschäftigung / Tätigkeit
<input type="checkbox"/> infolge der Eigenart der Beschäftigung / Tätigkeit zeitlich begrenzt beschäftigt / tätig. Der entsprechende Vertrag ist beigefügt.	Ende der Beschäftigung / Tätigkeit

Versicherungsnummer

Kennzeichen
5 0 1 1

Mitgliedsnummer des Versorgungswerks

3 Sonstige Angaben

3.1 Sind Sie in der Vergangenheit bereits von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 7 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes / § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI befreit worden?

nein, weiter bei Ziffer 4

ja

Datum des letzten Befreiungsbescheides

Befreiung für die Beschäftigung / Tätigkeit als

Befreiung für die Beschäftigung / Tätigkeit bei

3.2 Wurde die Beschäftigung / Tätigkeit bei dem unter Ziffer 3.1 angegebenen Arbeitgeber bzw. die unter Ziffer 3.1 angegebene selbständige Tätigkeit aufgegeben?

nein ja

Ende der Beschäftigung / Tätigkeit

3.3 Haben Sie direkt vor der Aufnahme der berufsfremden Beschäftigung / Tätigkeit Zeiten der Zugehörigkeit zum System der gesetzlichen Rentenversicherung zurückgelegt?

nein

ja

- mehr als geringfügige abhängige Beschäftigung
- geringfügig entlohnte Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit
- geringfügig entlohnte Beschäftigung ohne Befreiung von der Versicherungspflicht
- Bezug von Krankengeld, Arbeitslosengeld oder anderen Entgeltersatzleistungen
- Erziehung eines Kindes bis zu dessen 3. Lebensjahr
- nicht erwerbsmäßige Pflege eines Pflegebedürftigen

Beginn Ende

Beginn Ende

Beginn Ende

Beginn Ende

Beginn Ende

Beginn Ende

4 Angaben zum Beginn der Befreiung

Beantragen Sie den Beginn der Befreiung zu einem späteren als den frühestmöglichen Zeitpunkt?

nein ja

gewünschter Beginn der Befreiung

5 Angaben zur Pflichtmitgliedschaft in einer berufsständischen Kammer

Ich bin aufgrund gesetzlicher Verpflichtung Mitglied einer berufsständischen Kammer.

Name der berufsständischen Kammer

Beginn der Pflichtmitgliedschaft

Auszugsweiser Wortlaut der Gesetzestexte

§ 6 SGB VI

Befreiung von der Versicherungspflicht

(1) Von der Versicherungspflicht werden befreit

1. Beschäftigte und selbständig Tätige für die Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit, wegen der sie aufgrund einer durch Gesetz angeordneten oder auf Gesetz beruhenden Verpflichtung Mitglied einer öffentlich-rechtlichen Versicherungseinrichtung oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe (berufsständische Versorgungseinrichtung) und zugleich kraft gesetzlicher Verpflichtung Mitglied einer berufsständischen Kammer sind, wenn
 - a) am jeweiligen Ort der Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit für ihre Berufsgruppe bereits vor dem 1. Januar 1995 eine gesetzliche Verpflichtung zur Mitgliedschaft in der berufsständischen Kammer bestanden hat,
 - b) für sie nach näherer Maßgabe der Satzung einkommensbezogene Beiträge unter Berücksichtigung der Beitragsbemessungsgrenze zur berufsständischen Versorgungseinrichtung zu zahlen sind und
 - c) aufgrund dieser Beiträge Leistungen für den Fall verminderter Erwerbsfähigkeit und des Alters sowie für Hinterbliebene erbracht und angepasst werden, wobei auch die finanzielle Lage der berufsständischen Versorgungseinrichtung zu berücksichtigen ist,

2. - 4. ...

(1a - 1b) ...

(2) Die Befreiung erfolgt auf Antrag des Versicherten, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 und 3 auf Antrag des Arbeitgebers.

(3) Über die Befreiung entscheidet der Träger der Rentenversicherung, nachdem in den Fällen

1. des Absatzes 1 Nr. 1 die für die berufsständische Versorgungseinrichtung zuständige oberste Verwaltungsbehörde,
2. ...

das Vorliegen der Voraussetzungen bestätigt hat. ...

(4) Die Befreiung wirkt vom Vorliegen der Befreiungsvoraussetzungen an, wenn sie innerhalb von drei Monaten beantragt wird, sonst vom Eingang des Antrags an. ...

(5) Die Befreiung ist auf die jeweilige Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit beschränkt. Sie erstreckt sich in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 auch auf eine andere versicherungspflichtige Tätigkeit, wenn diese infolge ihrer Eigenart oder vertraglich im Voraus zeitlich begrenzt ist und der Versorgungsträger für die Zeit der Tätigkeit den Erwerb einkommensbezogener Versorgungsanswartschaften gewährleistet.

§ 172a SGB VI

Beitragszuschüsse des Arbeitgebers für Mitglieder berufsständischer Versorgungseinrichtungen

Für Beschäftigte, die nach § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 von der Versicherungspflicht befreit sind, zahlen die Arbeitgeber einen Zuschuss in Höhe der Hälfte des Beitrags zu einer berufsständischen Versorgungseinrichtung, höchstens aber die Hälfte des Beitrags, der zu zahlen wäre, wenn die Beschäftigten nicht von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit worden wären.